

Zweiges zu einem einheitlich geleiteten Unternehmen schaltet zunächst die übergroße Mehrzahl der ursprünglichen Unternehmer als selbsttätige, disponierende Persönlichkeiten aus dem Produktionsprozess völlig aus und macht sie, sofern sie nicht auf irgendeinem andern Gebiete selbsttätig werden, zu bloßen Rentenbelegern. Aber mehr noch: der einheitlich geleitete Industrieverband schaltet auch die Konkurrenz völlig aus, die beständig als großer Vorzug der kapitalistischen Betriebsweise, als Hebel jedes geschäftlichen und technischen Fortschritts von den Vorkämpfern des Kapitalismus angepriesen wird. Die Verbesserung der maschinellen Einrichtungen in einem solchen Riesenbetriebe, die jetzt durch einen Konkurrenzten den anderen aufgezwungen werden kann, kommt ins Stocken. So mündet die Entwicklung des kapitalistischen Betriebs zu seinen äußersten Konsequenzen geradezu in eine Periode der relativen Stagnation aus, die eine vollständige sein würde, wenn nicht andere Faktoren ihrerseits noch wieder auf Verwirklichung der Betriebsweise hindrängten. Aber das Entscheidende für die Wertung des Kapitalismus ist, daß er in seinen höchstentwickelten Formen jedenfalls den ihm eigenartigen Fortschrittsfaktor der Konkurrenz selbst ausmerzt. Mit der Vertiefung der Industrie fällt daher auch der letzte Grund fort, der von den Verteidigern des Kapitalismus jetzt noch zu dessen Gunsten geltend gemacht werden kann.

Wird aber erst der Sozialismus an Stelle des Kapitalismus treten, gehen alle Betriebe, große und kleine, in den Besitz der Gesamtheit über, dann wird das gesteigerte Individualinteresse aller Betriebsmitglieder, die gleichzeitig als Gesellschaftsmitglieder auch Mitglieder des Betriebsergebnisses sind, den Einfluß der Konkurrenz als Fortschrittsfaktor in erhöhtem Maße ersetzen. Also schon die Vertiefung der Industrie bereitet revolutionierend den Sozialismus vor.

Eine zweite in gleicher Richtung wirkende Tendenz des Kapitalismus ist der Drang nach immer weiter getriebener Arbeitsteilung. In allen Riesenbetrieben der verschiedensten Art, in allen Ländern, besonders aber in den Vereinigten Staaten, ist die Arbeitsteilung bereits soweit vorgeschritten, daß die Tätigkeit der meisten Arbeiter bis auf eine einzige Handreichung reduziert ist. Für den Unternehmer, richtiger gesagt, für den dirigierenden Aktionär, hat das den großen Vorteil, daß ihm die Arbeit billiger zu stehen kommt, daß der Mehrwert also wächst. Denn ein Mensch, der immerfort einen einzelnen Griff vollführt, wird schließlich diesen Griff mit einem Abschmack von Geschicklichkeit, d. h. mit einem Mindestmaß von Kraftaufwand innerhalb eines Mindestmaßes von Zeit durchführen. Er wird also in einem gewissen Zeitraum das Höchstmaß von Leistungen vollbringen. Steigert sich so auch sein eigenes Einkommen, so steigert sich doch noch in weit höherem Maße der Unternehmer- oder Aktionärprofit.

So weit läßt sich dieser Entwicklungsengang noch in Einklang bringen mit dem Fortschrittsinteresse der Menschheit überhaupt. Aber die Steigerung der Leistungsfähigkeit der Einzelnen für einzelne Handgriffe hat ihre böse Seite. Ein Mensch, der Stunde für Stunde, Tag für Tag, Woche für Woche, Jahr für Jahr nur einen einzelnen Handgriff, und zwar unter steter gespannter Aufmerksamkeit zu verrichten hat, muß notwendigerweise schließlich verblöden. Er hört allmählich auf, ein denkender Mensch zu sein und wird zu einem Maschinenbestandteil. Daraus ändert es wenig, daß er in seiner Erholungszeit sich auch geistig beschäftigen kann. Die Gesamtwirkung der ewigen Wiederholung ein und der nämlichen Handreichung kann nicht durch eine Ablenkung in einigen kurzen Ruhepausen ein hinlängliches Wechselspiel in der Beschäftigungsart erforderlich, beides Arbeitsbedingungen, die der kapitalistische Betrieb nicht gewähren wird.

Es braucht aber hier nicht wieder darauf hingewiesen zu werden, daß auch in diesem Falle das Kapitalinteresse mit dem Menschheitsinteresse in einen unauflösbaren Widerspruch gerät, der schließlich zur Erzeugung des Sozialismus durch den Sozialismus drängt.

Also unsere geschichtlichen Widersprüche können auch hieraus die Lehre gewinnen, daß es die Verhältnisse sind, die revolutionierend wirken, daß der Kapitalismus selbst durch seine eigenen Entwicklungsstadien über sich selbst hinausgetrieben wird, so daß er schließlich mit Naturnotwendigkeit in den Sozialismus ausmündet. Wir Sozialisten erläutern nur diesen Prozeß und suchen ihn durch bewußtes und planmäßiges Eingreifen zu einem schleunigen und gezielten Ende zu bringen.

Die schwarze Parade.

o. H a c h e n, 11. August.

Die alte Kaiserstadt Aachen schwimmt in Weiß. Gelbweiß ist die päpstliche Flagge und Gelbweiß ist die Farbe der Geistlichen Gewandstücke, nein: die Flagge der Stadt Aachen. Die und da sieht man in dem Schmutz der Straßen und Plätze auch die Flaggen des Reiches und Preußens, aber es sind meist Geschützte, die auf diese Weise dem Katholizismus, mehr der Rot gebührender als dem eigenen Reich, ihren Tribut zahlen. Der echte Aachener Katholik macht diese Woche in Weiß. Das war von jeder der stille Triumph der Katholiken, daß das päpstliche Gelbweiß das preussische Schwarzweiß über das reichsdeutsche Schwarzweiß überwog, und früher, als man Preußen und dem Reich noch nicht so hold war, hat man mit einer gewissen Schadenfreude es auch bekannt. Im Jahre 1877 rühmte der Aachener Zeitungsbefehlshaber Bingen von seiner Vaterstadt, daß sie sich bei dem damaligen Katholikentage bedeckt habe „mit den Farben des heiligen Vaters und der seligen Jungfrau; es flatterten viele weißblaue und gelbweiße Fahnen, es auch viele Schwarzweiße, das begreife ich!“

Die Tagesordnung der Katholikentage schließt infolge der vielen Nebenveranstaltungen immer mehr an. Am nicht unter der Halle des Stoffes zu ersticken, hat man diesmal die Formalien, die sonst die erste geschlossene Versammlung am Montag ausfüllen, heute vormittag in einer kurzen Sitzung erledigt. Nach der Begrüßung des Kardinals von Mecheln (Belgien) und der übrigen bischöflichen Anwesen durch den Vorsitzenden des Komitees wurde das Präsidium: Justizrat Schmitt (Mainz), Graf Edwin Wendel von Donnersmarck und Kaufmann Weber (Erfen), das Ehrenpräsidium: Oberlandesgerichtspräsident Spahn, Fabrikbesitzer Brandts (Wandlshausen) und Reichstagsabgeordneter Engelen (Widderhorst), weiter die Schriftführer und die Vorstehenden der Ausschüsse „gewählt“ — d. h. der Vorsitzende nannte die Namen, die Versammlung leitete die Beschlüsse und die „Wahl“ war erledigt. Ein Verleser, das jedenfalls den Vorzug der Schnelligkeit hat. An Papst und Kaiser wurde telegraphisch und auf sie, als die Träger der geistlichen und weltlichen Autorität, ein Hoch ausgedrückt.

Der Sonntag, der die schwarze Woche einleitet, gehört der Kaffe. Die Jünglinge, Gelehrten, Arbeiter und Beamtenvereine der näheren und weiteren Umgebung werden aufgerufen und zu einem Festzug gruppiert, dessen Umfang von der Zeitungspreise seit allerher um das Doppelte überschätzt wird. Derselbe waren es nach genauer Zählung 25 000 Teilnehmer. Der Herrgott, dessen Schatz Präsident Schmitt am Morgen auf den Katholikentag herab-

gestreut hatte, zeigte sich wenig geneigt, diesem Aufzug zu folgen. Ein dauerhafter Platzregen empfing den Festzug, eine kurze Weile Sonnenschein, dann wieder Regen und schließlich ging mit unflottem Bahnen der Zug auseinander. Die Teilnehmer suchten die Lokale auf, wo für sie Versammlungen angeordnet waren. Hier wurden sie befehrt, mit viel Rabe und Sorge Mutter Straße ihre Kinder, insbesondere die Arbeiter, umfängt, wie groß und wie zahlreich die Gefahren dieser Welt, wie schlimm namentlich der Unglaube und der Unmuth wüthet, und wie vor allem nur die Unterordnung unter Papst und Bischöfe retten kann.

Wenn die Arbeiter, die hier mit wehenden Bannern und unter klingendem Spiel ihren geistlichen Führern folgten, etwas von der Geschichte ihrer eigenen Klasse wüßten, dann hätte aus dem Aufzugszug eine Protestdemonstration werden müssen, namentlich in Aachen, wo wie nirgend anderswo der Materialismus, das christliche Unternehmertum im Grunde mit weltlicher und weltlicher Behörde sich an dem leiblichen, geistigen und sittlichen Wohl der arbeitenden Bevölkerung verhängt hat. In Aachen hat sich gezeigt, daß diejenigen, die dem Arbeiter den Himmel des Himmels in Aussicht stellen, kein Bedenken tragen, ihm die Hölle auf Erden zu bereiten.

Deutsches Reich.

Arm in Arm mit die . . . !

Von einer Verständigung zwischen Herrn v. Bethmann und dem Freiherrn v. Hertling war längst in einigen Blättern die Rede. Wegen die an sich unwahrscheinliche Annahme, daß es zwischen zwei so harmonisch zusammensitzenden Naturen ernste Mißverständnisse geben könnte, wendet sich nun ein via München ausgesandter unterrichteter Zeitungsredakteur in der „Süddeutschen Zeitung“:

Bei der letzten Anwesenheit Hertlings in Berlin wurde dieser nicht nur vom Reichstanzler in herzlichster Weise empfangen, sondern beim Diner in geradezu auffallender Weise ausgezeichnet. Von einer Verständigung unter den Ministern ist gar keine Rede. Als Freiherr v. Hertling sich beim Diner verabschiedete, da meinte er humorvoll zum Reichstanzler: „Also, diese Verständigung“ ist zu ertragen“, worauf der Reichstanzler lachend zu den anderen geladenen Herren sagte, er wünschte nur, daß stets ein solches herzliches Verhältnis zwischen dem Reichstanzler und den einzelstaatlichen Ministern bestehen möchte, wie zwischen ihm und Herrn v. Hertling. So war es in den Junitagen dieses Jahres, und so ist heute noch.

Die liberalen Schwärmer, die in Herrn v. Bethmann einen Verfechter der Reichseinheit vermutheten, haben eben ganz dergleichen, daß dieser Herr im Hauptamt preussischer Ministerpräsident ist. Die Sendung des Herrn v. Hertling besteht aber gerade darin, preussische Methoden nach Bayern zu importieren. Und warum sollte Bethmann Hertling böse sein? Wo wird er denn!

Bredere.

Der kontervolts-antimilitarische Aöngel Verling steht vor einem peinlichen Fall. Eben erst hat er in seiner Presse den Selbstmord des jüdischen Rechtsanwalts Justizrat Michaelis als neuen Beweis für den Niedergang der verjudeten Berliner Gesellschaft verurteilt — da wird unter ganz ähnlichen Verhältnissen das Verschwinden eines zweiten Berliner Anwalts gemeldet, der kein Jude, sondern eine der Hauptstützen der national-antimilitarischen Bewegung in Groß-Berlin war. Herr Bredere, der sich unter Hinterlassung einer gewaltigen Schuldenlast, ein Opfer seiner Spiel- und Wetteidenschaft, aus dem Stände gemacht hat, galt in dem kleinen Häuflein, das inmitten des roten Berlin noch die nationale Fahne hochhält, als der Pforten einer. Die kontervolts-antimilitarische Partei hatte ihn das Ehrenamt eines Reichstagskandidaten für Oberbarnim übertragen, und nicht viel hat gefehlt, so hätte er vielleicht als Vertreter des bis dahin konservativen gemeinen, jetzt fortwährend gewordenen Aöngel Oberbarnim seinen Platz im Reichstag neben seinem Klienten, Herrn Bruhn, einnehmen können. Der Antimilitarismus wird von einem eigenartigen Mißgeschick verfolgt.

Eine geführte Ordnungsmacht mehr — das will angedeutet der Ausgang der Ereignisse auf diesem Gebiete wenig belagen. Der Fall Bredere ist aber darüber hinaus ebenso wie der Fall Michaelis sozialpsychologisch interessant. Er enthält binnen kurzer Zeit zum zweitenmal die Tragik jener Elemente, die mit einem für proletarische Begriffe enormen Einkommen nicht hausguthalten verziehen und die sich in der ewigen Jagd nach neuen Tausendmarktscheinen in eine unwürdige Situation nach der andern verwickeln, bis schließlich der unvermeidliche Zusammenbruch erfolgt. Viele Abenteuerer und Geldjäger, von denen Berlin und die andern deutschen Großstädte wimmeln, gehören zu den unerfreulichsten Abfallprodukten der bürgerlichen Gesellschaft, und aus ihren geheime Morden läßt sich ein gut Teil der schweren Korruptionserscheinungen erklären, an denen unsere Zeit leidet. Gefährlicher als der „reelle“ Kapitalist mit gesicherter Einkunftsquelle ist der tatmüthigkapitalistische Habentist mit den Allüren des Kapitalisten, der vor nichts mehr zurückschreckt, um seine phantastischen Bedürfnisse und seine drängenden Gähler zu befriedigen. Denn er ist in seinen Forderungen, auch in seinem öffentlichen Verhalten wenig unedel und der laute Brüller der Ueberzeugung dient ihm oft genug nur dazu, seine kladenhafte klägliche Abhängigkeit vor den Augen der Welt zu verbergen.

Solche Leute gibt es in allen Ständen, die die Lebensgepflogenheiten der Großbourgeoisie angenommen haben, ohne die dazu nötigen Darmmittel mitzubringen, besonders häufig sind sie im Anwaltsstande. Die Anwaltskammern aber, die zur Erhaltung und Hebung der Standesehre eingesetzt sind, sind gegen diese Erscheinungen machtlos. Ueber ein Standesmitglied, das sich in der Verteidigung der Rechte der Unterdrückten allzu temperamentvoller Ausdruck bedient, kann man eine Ordnungsstrafe verhängen. Die lauten Elemente treiben ihr Handwerk ungehindert, bis sich auch an jedem von ihnen einzeln das Sprichwort erfüllt: Der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht!

Die Folgen der preussischen Ansettelungspolitik.

Immer blamabler werden die Zustände in den Ansettelungsgebieten in den Ostmarken. Das fortgesetzte Steigen der Grundstückspreise und der enorme Handel mit Gütern, der seit einigen Jahren zum Entsetzen aller „bodenständigen“ Elemente eingesetzt hat, treibt auch die Ansettelung in den Ostmarken dazu, an dieser Jagd nach Gewinnen teilzunehmen. Darüber jammern nun die katartischen Organe des Ostens; so schreibt die Königsberger Allgemeine Zeitung:

Die durch wilde Spekulation hervorgerufene Steigerung der Güterpreise, die, wie die ostpreussische Landgesellschaft in ihrem letzten Jahresbericht hervorhebt, zu bevorstehenden Zuständen geführt hat, bereitet auch die Ansettelung in den Ostmarken zum Teil, ihre Stellen zu verkaufen, um am

landwirtschaftlichen Grundstücksbesitz vorteilhaft zu veräußern. Da das aber nicht der Zweck der vom Staat mit Hunderten von Millionen unternommenen Ansettelungspolitik sein kann, so hat die Ansettelungskommission verschiedene Vorkehrungen getroffen, um dem Geschäftsführer verbindlicher Kolonisten entgegenzuwirken. Sie entzieht Ansettelern, die ihre Stellen um Gewinn willen veräußern, den Vorteil des ihnen beim Zugang gewährten Freijahres und jeder von ihnen die Rechte für dieses Freijahr ein. Außerdem aber prüft sie die neuen Käufer auf ihre deutsche Zugehörigkeit, und wenn sich herausstellt, daß diese Leute schon Grundstücke besitzen, aber nicht deren Erhaltung in deutscher Hand gesichert, oder ihren Landbesitz gar an Polen verkauft haben, dann verweigert sie gütlich die Verkaufsgenehmigung. Das ist mit Genehmigung anzuerkennen. Denn es sollte gar noch, daß auf dem Landbesitz, der mit großen Opfern des Staates in den gefährdeten Gegenden für das Deutschthum erworben wird, unzuverlässige Leute gesetzt werden. Treue deutsche Landbesitzer brauchen wir in den Ostmarken und auf den Ansettelungsstellen. Das Deutschthum soll geschützt, nicht aber wilde Grundstückspekulation im Ansettelungsgebiet betrieben werden. Vielleicht ergibt sich in naher Zeit die Notwendigkeit, den Ansettlern überhaupt das Weiterverkaufsrecht zu beschneiden und nur noch solche Deutsche anzusetzen, die sich verpflichten, auch wirklich auf der Scholle zu bleiben.

Nimmt man in dieser Weise den Ansettlern die Freizügigkeit, so dürfte auch das Ende der vielgerühmten Ansettelungspolitik gekommen sein. Die jetzigen Zustände beweisen schon, wie groß ihr Risiko ist. Und diese verheerliche Politik haben die Steuerzahler mit Hunderten Millionen Mark bezahlen müssen.

Die internationale Regelung des Auslieferungsvorfahrens

hat nach einer Mitteilung der Täglichen Rundschau die belgische Regierung bei der deutschen Reichsregierung angeregt.

Als jetzt ist das Auslieferungsvorfahren nicht einheitlich geregelt. Gegenwärtig haben fast alle deutsche Reich wie die meisten größeren Bundesstaaten Auslieferungsvorfahren mit fremden Staaten abgeschlossen. Reichsverträge bestehen zurzeit mit Italien, Großbritannien — ein Vertrag, der im vorigen Jahre auf die britischen Protektorate ausgedehnt wurde —, Belgien, der Schweiz, Dänemark — ein Abkommen, das in diesem Frühjahr durch einen Zusatzvertrag erweitert wurde —, Spanien, Schweden, Norwegen, Ungarn, Serbien, Korea, Kongo, Kolumbien, Japan, Holland, Griechenland und Bulgarien. Den Abschluß eines Vertrags mit dem Vereinigten Staaten hat die Reichsregierung vor einiger Zeit angeregt. Daneben haben alle größeren Bundesstaaten eine Reihe von Auslieferungsvorfahren mit fremden Staaten abgeschlossen, die zum Teil nicht einmal der Zustimmung des Parlaments bedürften. Im Reichsgebiet ist wiederholt der Versuch gemacht worden, eine reichsrechtliche Regelung herbeizuführen. Zur Vorlage eines Gesetzesentwurfes ist es jedoch bisher nicht gekommen. Die Schwierigkeiten, die einem solchen Gesetz entgegenstehen, liegen vor allem in der großen Zahl von Verträgen der Einzelstaaten mit fremden Staaten, die naturgemäß durch ein Reichsgesetz alle außer Geltung gesetzt werden.

Von der Praktion Drehscheibe. Ueber ein Zusammengehen der Liberalen bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein haben sich die Nationalliberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei Verhandlungen angeschlossen. Die Nationalliberalen ihrerseits haben darüber auch mit den Konservativen verhandelt. Nach einer Meldung der Hoffischen Zeitung aus Flensburg lehnte am Sonntag der Provinzialausschuß der nationalliberalen Partei der Provinz Schleswig-Holstein die von den Freilisten und den Konservativen gemachten Einigungsvorschläge für ein Zusammengehen bei der Landtagswahl ab. Die endgültige Entscheidung bleibt dem Parteitag vorbehalten, der im Oktober in Segeberg stattfindet.

Keine politische Kathedra. Von den zuständigen preussischen Ministerien sind an Stelle der bisherigen Bestimmungen Grundzüge für die Regelung des Verkehrs mit Rüd als Nahrungsmittel für Menschen aufgestellt worden. Diese Grundzüge sollen hinsichtlich der zu erlassenden Polizeiverordnungen zur Unterlage dienen. — Der Fortschrittliche Parteitag für Sommer fand am Sonntag in Weiskirchen statt. Abg. Göttsche, der den geschäftsführenden Vorsitz der Gesamtpartei bestritt, wies dem bevorstehenden Parteitag der Gesamtpartei in Mannheim am nächsten ein besonderes Bewußtsein zu, weil dieser Kongreß eine Revision des Parteiprogramms bringen werde. Im übrigen wurde von dommerischen Delegierten die Zusammenarbeiten mit den Nationalliberalen gefordert. — Der hessische Minister, der in Rambouillet unter dem Vorsitz des Präsidenten Paulsen tagte, hat das Abkommen ratifiziert, das zwischen General Wauters und Kaiser Franz Joseph am 1. August in Wien über die Abwendung des Sultanats besteht. Dieser entlastet dem Kaiser nach der seiner Krone nach Frankreich. — Aus Tanager wird berichtet, daß ein neuer spanischer Aufstand in Kaffan. Zwei Abteilungen spanischer Marineinfanterie unter dem Befehl des Kommandanten Pablo sind nach Afrika abgegangen, um dort die Ruhe wiederherzustellen.

Ausland.

Türkei.

Bereitungen.

Konstantinopel, 12. August. In Anwesenheit des Sultans und der Minister haben 400 Köpfe der Kriegsschule von Vassalli gestern dem Sultan vor ihrer Entlassung und Ernennung zu Offizieren den Treueid geleistet. In ihm ist eine neue Bestimmung enthalten, wonach die Offiziere sich von jeder Partei und jedem politischen Parteileben fernhalten müssen.

Die Forderungen der Albanier.

Konstantinopel, 12. August. Nach dem Bericht Ibrahim Paschas umfassen die Forderungen der Albanier in der Hauptsache folgende Punkte: Absetzung des Militärministers in der europäischen Türkei und Rumelien, Unterricht im Albanischen mit nationalem Akzent, Anstellung von Beamten, die des Albanischen mächtig sind, Erlassung von Spezialgesetzen, die des sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen der Gebirgsbewohner angeht. Der Verzicht auf die Invasions in Tripolis, der antwortlichen Kabinets in den Anklagen zu hand, da die Albanier die Aufrechterhaltung der Integrität der Türkei wünschen. Rückgabe der beschlagnahmten Waffen. Uebernahme der Ausführung aller dieser Maßnahmen durch eine Kommission.

Auf Vorschlag des Kriegsministers hat der Sultan verfügt, daß alle Offiziere auf eine neue Formel vereidigt werden, wodurch sie sich verpflichten, keiner öffentlichen oder geheimen politischen Partei anzugehören zu wollen. In einem Kundgebung an die Beamten richtiger der Kriegsminister die getroffene Maßnahme, die sofort ausgeführt wird; Offiziere, die sich widersetzen, werden bestraft.

Bulgarien.

Antimilitarische Stimmung.

Sofia, 12. August. Die Erregung wächst. Ein aus allen Parteien zusammengesetzter Ausschuss, in dem mehrere ehemalige Offiziere und Minister vertreten sind, fordert zu Sitzungsbesprechungen und Versammlungen auf gegen das Gemetzel der Katschana (Kosowien) und die Antimilitarität der Regierung. Eine solche Demonstration findet hier morgen statt. Die Mitglieder rufen nach Krieg und roten, das auf den 15. August folgende

Regierungsj
Grafes der
Sofia, in
jäh an
sich nicht
und der O
sammungen
sollern
Lärzen
lungen find
geplant.

Rom,
der italieni
beteiligun
Reiseberu

Wien
Artikel in
bakter v.
Mündel.
Gorbath
Kefareich,
und Saran
berurteilt.

Ju
ungarische
Agrar gel

Proakti
Zugerkenn
projet, mit
nendigkeit
mollte. 53
gehalten, w
nichts nach
größere Ze
als die S
Brosch ge
das Klenia
nden Staat
als der Be
transmittir
Proakti

Stretschit
Einwohner,
Kroatien un
schieden st
Unpar durch
schaft verbe
Unterstütz
Finanzien,
kunder. M
berdem, K
von dem fr
auf Verch

Kauf d
u sein, ab
indere sch
Kraften te
Komm; an
Angehören
für diese B
Anhänglich
geworden.

Im J
te was mit
ein Zugend
gebracht
Lebensgef
Abgabe et
durch Korr
Drud der
in Kroatien
bederbar
Serben ein
So stellen
Lut oder
präsidenten
einer Eine
bahnbezug
dieser Reg
schen Reg
berfamllun
gungspolit
groß die
männer in
Vollberf
berannt
Demokra
sammens
eindringen
so daß die
strelts folg

In
mäßig sp
berichtet,
die Wahl
Wahlen, d
breitunge
diesem Za
Derr v. C
Kommissi
dieselben
doh er al
amhof: I
legen. W
von der C
berpflicht
Vorzugsur
gestaltet!

So
Volksiter
besch: g
durch g
sozialist
Organisat
blatt aus
legenheit.
In Kroat
Defterreid